

13. JUNI 1962

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/121

Bonn, den 12. Juni 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: Zeilen:

1 - 1a Kein "Blitz aus heiterem Himmel" 69
 Soziale Unruhe in der Bundesrepublik
 Von G. Markscheffel

2 - 3a Spanier drängt zu Europa 129
 Die bedeutsame Tagung der spanischen Opposition
 in München
 Von * * *

4 - 5 Ein Herrenhaus für Herrn von Hassel 46
 Der bisherige Dienstwohnsitz genügt nicht mehr

5 Muntere Einheitsfront 16
 Wenn Caruseltschow aus dem Märkchen plaudert

6 - 7 Der Auslandsbericht:
 In Griechenland rumort es weiter 72
 Regierung im Kreuzfeuer des Parlaments
 Von Dr. Basil Mathiopoulos

* * *
 * *

 Chefredakteur Günter Markscheffel

Kein "Blitz aus heiterem Himmel"

Soziale Unruhe in der Bundesrepublik

G.M. - In dieser Woche werden einige sozial- oder = oder wenn man so will - wirtschaftspolitische Entscheidungen heranreifen, die schon längst fällig sind und keineswegs als "Blitz aus heiterem Himmel" bezeichnet werden können. Ein großer Teil der Bergarbeiter des Ruhrreviers schreitet zur Urabstimmung über die Frage, ob die äußersten gewerkschaftlichen Kampfmittel angewandt werden sollen, um Lohnforderungen durchzusetzen. Im öffentlichen Dienst muß die Bundesregierung eine Entscheidung treffen, und Bundesarbeitsminister Blank will endlich seine Vorstellungen von einer fortschrittlichen Sozialpolitik entwickeln.

Kein Programm für die Energiewirtschaft

Diese drei Ereignisse waren seit langer Zeit vorzusehen. Im Bergbau hat sich die Lage zugespitzt, weil die Bundesregierung seit Jahren trotz ständiger Vorstöße der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion bis zum heutigen Tage nicht fähig gewesen ist, ein umfassendes Programm für die deutsche Energiewirtschaft vorzulegen, mit dessen Hilfe auch die sozialen Spannungen im Ruhrbergbau wenigstens etwas hätten gemindert werden können. Man soll heute also nicht so tun, als würden die Bergarbeiter im Ruhrrevier mutwillig eine sozialpolitische Auseinandersetzung vom Zaune brechen.

Auch die seit langem geführten Gespräche über notwendige Strukturveränderungen in der Ruhrindustrie sind bisher ohne greifbares Ergebnis geblieben. Die Folge davon ist, daß der Bergarbeiternachwuchs abwandert und dadurch der soziale Status der gesamten Bergarbeiterschaft eine Wertminderung erfährt, die sich die deutsche Volkswirtschaft nicht leisten kann und darf.

Jämmerliches Schauspiel

Die soziale Unruhe im öffentlichen Dienst ist zwar theoretisch durch die jüngsten Entscheidungen einigermaßen ausgeglichen worden, bleibt jedoch praktisch bestehen. Bundesfinanzminister Starke macht Wind mit seinen Rücktrittsabsichten, falls das Bundeskabinett die bereits den Bediensteten des öffentlichen Dienstes zugesagten Lohn- und Gehaltsverbesserungen einhält.

Das ist eine groteske Situation. Schon bei den Etatberatungen im Jahre 1959 spielten die gleichen Fragen eine Rolle, die heute angeblich die Gemüter erregen. Vor der Bundestagswahl 1961 gaben Regierungvertreter und gewichtige Abgeordnete der Regierungsparteien handfeste Versprechungen ab. Mehr als einmal wurde den Arbeitern, Angestellten und Beamten

des öffentlichen Dienstes versichert, auch sie sollten endlich den ihnen gebührenden Anteil an der Gesamtleistung unserer Volkswirtschaft erhalten. Bei den Beratungen zum letzten Bundeshaushalt hat Bundesfinanzminister Starke genau gewußt, was man von ihm erwartet. Er hat geschwiegen und gerät heute in die Mühlensteine der Wahlrücksichten der CDU in Nordrhein-Westfalen und des Anti-Beamtenkomplexes eines Teiles der FDP-Fraktion.

Das ganze ist natürlich nur ein jämmerliches Schauspiel mangelnder Dispositionen und hat mit "Festigkeit" eines Ministers überhaupt nichts zu tun. Zur gleichen Zeit, da man sich in Bonn über die Forderungen des öffentlichen Dienstes aufregt und behauptet, man könne keinen Pfennig mehr locker machen, ohne die "Wirtschaft zu schädigen", verkündet Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauss in den USA souverän, die Bundesrepublik werde in Kürze ihren Verteidigungshaushalt um zwei Milliarden DM erhöhen. Kein Mensch regt sich darüber auf!

Blank mit dem "Sozialpaket"

Im Hintergrund dieses Geschehens soll nunmehr der permanente Prügelknabe Dr. Adenauers, Bundesarbeitsminister Blank, endlich sein berühmtes "Sozialpaket" auspacken. Die zweimalige parlamentarische Anfrage der SPD-Fraktion blieb unbeantwortet. Jetzt soll ganz offenbar Herr Blank ein Feuerwerk von "ganz neuen" Vorschlägen loslassen. Wie man jedoch aus dem Bundesarbeitsministerium hört, rechnet selbst Herr Blank hierbei mit einigen Rohrkrepiern. Ursprünglich wollte er schon auf dem CDU-Parteitag in Dortmund sein "Sozialpaket" auspacken. Koalitionsrücksichten jedoch veranlassten mehrere Kabinettsmitglieder, Herrn Blank von diesem Trapezakt abzuhalten. Er begnügte sich in Dortmund mit einigen allgemein-unverbindlichen Redensarten, die nicht einmal an die Substanz der von katholischen und evangelischen Arbeitnehmern ausgearbeiteten sozialpolitischen Vorstellungen heranreichten.

Die deutschen Arbeitnehmer sind nicht unvernünftig. Aber wenn man sie dauernd vertröstet, wenn man ihnen sagt, dass der Bundeshaushalt ein Mehr von zwei Milliarden DM an Rüstungskäufen verkraften kann, wenn man gleichzeitig zugeben muss, dass es in der Bundesrepublik etwa 50 000 Millionäre gibt - dann braucht man sich nicht zu wundern, dass die soziale Unruhe in der Bundesrepublik wächst.

+ + +

Spanien drängt zu Europa

Die bedeutsame Tagung der spanischen Opposition in München

Von * *
*

Wenn München oft in der politischen Erinnerung an die Nachgiebigkeit der westlichen Demokratien gegenüber Hitler mahnte, so wird von jetzt ab die Hauptstadt Bayerns für die spanische Demokratie von morgen das Menetekel eines der beiden letzten westeuropäischen Diktatoren sein. Für Franco hat die Stunde geschlagen.

Was geschah in München?

Nicht in der spanischen Illegalität, nicht irgendwo in Konventikeln der über Kontinente verstreuten Exilspaniern, sondern in München wurde am vergangenen Wochenende eine Einheitsfront spanischer Politiker aus den verschiedensten Lebensbereichen und politischen Auffassungen für die Wiederherstellung demokratischer Freiheiten in Spanien begründet. Obwohl die Bundesregierung durch Minister Merkatz von der Leitung des Kongresses der Europäischen Bewegung erreicht, daß eine einstimmig von 118 spanischen Teilnehmern vorgelegte Entschliesung nicht zur Abstimmung kam, verliert dieses Ereignis für Spanien selbst keinstwegs an Bedeutung.

Es ging darum, auf welchem Wege und unter welchen Voraussetzungen Spanien in die Gemeinschaft des Europa von morgen eingegliedert werden könnte. Zu dieser Frage sagten die 118 Spanier auf diesem Kongreß kurz und bündig:

1. In Spanien müßten Institutionen geschaffen werden, die eine demokratische Vertretung des Volkes, die auch die Menschenrechte, die freie Meinungsäußerung, das Recht der freien Vereinigung und auch das Streikrecht der Arbeiter garantieren.
2. Die Zensur muss abgeschafft und gewissen Gemeinschaften - gemeint sind hier die Katalanen und die Basken - muss ihre Eigenständigkeit eingeräumt werden.
3. Die politischen Parteien müssen zugelassen werden.

Prominente Spanier gegen Franco

Wenn diese Forderungen nur von den bekannten Exilgruppen, unter denen die Spanische Sozialistische Arbeiterpartei die Bedeutendste ist, erhoben worden wären, dann wäre dies zweifellos eine, wenn auch nicht neue doch bedeutungsvolle Manifestation. Doch in München ging der Kreis derjenigen, die nun demokratische Grundfreiheiten für Spanien forderten, weit über den der politische Emigranten von 1939 und später hinaus.

Zum Kongreß der Europäischen Bewegung waren Exilspanier und Spanier aus dem Lande eingeladen worden. Zuerst gab es einige Passchwierigkeiten. Da aber die Francoregierung bekanntlich darauf ausgeht, in

EWG aufgenommen zu werden, konnte sie schliesslich denen, die diesen Europäischen Kongress besuchen wollten, nicht gut die Pässe verweigern und sich damit als anti-europäisch dokumentieren.

Aus Spanien kamen junge Menschen, aber auch alte und bekannte Politiker wie Gil Robles, der Mann, der 1934 der Block der Rechten im spanischen Parlament zusammensetzte um ihr die Vorteile der Mehrheitsprämie im Wahlgesetz zu sichern. Es kamen auch eingefleischte alte Monarchisten wie Zastrotégui, ja sogar ehemalige bekannte Führer der faschistischen Falange wie Dionisio Rieraño, die durch Erfahrung zu demokratischen Republikanern geworden sind.

Als sich diese Gruppen plötzlich in München mit den Exilspaniern unter dem gleichen Dach eines gemeinsamen Hotels befanden, entstand eine lebhaft Diskussions. Der alte Mann der spanischen konservativen Rechten, Gil Robles meinte zuerst, mit den Exilspaniern könne man sich nicht zusammensetzen. Aber er wurde überstimmt. Der grosse Streik, die seit Jahren andauernden Unruhen unter den Studenten habe das konnte unschwer festgestellt werden - tiefe Spuren hinterlassen. Aus der Gruppenberatung der spanischen Delegierten, die von "drüben" gekommen waren und der Exilgruppe wurde bald eine gemeinsam handelnde spanische Delegation, die sich von rechts bis links, von den Monarchisten, den Basken und Katalanen, den unter Franco zu Demokraten bekehrten ehemaligen Falangisten bis zur dreiköpfigen Delegation der spanischen Sozialisten auf die erwähnten Forderungen einigten. Das Prestige des bekannten Schriftstellers und Dozenten der Universität Oxford, Salvador de Madariaga, der dann auf dem Kongress der Europäischen Bewegung den Mut der Teilnehmer aus Spanien, sich zur Demokratie zu bekennen, ausdrücklich hervorhob, überschattete dieses bedeutungsvolle Ereignis.

Vor dem Ende der Diktatur

Ein totalitäres Regime, das seinen Willen, seine totalitäre Konzeption der Ausschliesslichkeit nicht mehr durchsetzen kann, ist am Ende seiner Herrschaft. Bereits die grossen Streiks der letzten Monate haben gezeigt, dass der Apparat der famosen "vertikalen" Gewerkschaften, die wie einst im Dritten Reich die Arbeitsfront, Arbeitgeber und Arbeitnehmer in die Zwangsjacke totalitärer Staatsführung pressen, nicht mehr funktioniert. Das Streikrecht, offiziell verboten, musste praktisch anerkannt werden. Das Manifest von München, auch wenn die Bundesregierung glaubt, dass derartige Kundgebungen für die Demokratie die Interessen der Bundesrepublik gefährden, ist ein bedeutungsvoller Schritt weiter.

Es bedeutet, dass junge und ältere Menschen, dass katholische Priester und Sozialisten, Republikaner und Monarchisten heute die Demokratisierung Spaniens für unerlässlich halten, wenn dieses Land

seinen Platz im Europa von morgen einnehmen soll. Sie haben dies, wie Don Carlos bei Schiller, dem Tyrannen von heute kundgetan, ganz gleich, was dann geschehen mag. Sicher werden die, die in die Heimat zurückkehren, mit Schwierigkeiten, ja mit Verfolgungen zu rechnen haben. Aber wie weit kann General Franco dabei gehen? Kann er und wie lange noch der Welt zeigen, dass Spanien weiterhin im demokratischen Europa der totalitäre Überrest aus der Zeit Mussolinis und Hitlers bleiben will?

Die einstigen Freunde auf der Rechten, die Monarchisten, ja die Mitbegründer der Falange haben ihn verlassen und fordern nur Gedankenfreiheit für a l l e Spanier.

Verhaftungswelle

Wer es bisher noch nicht wusste, dem sollte es jetzt klar geworden sein: Spanien drängt zu Europa. Franco, von manchem in Bonn als "der perfekte Abendländer" gelobt und umworben, hat nach dem Kongress von München die Maske fallen gelassen. Während sich die Opposition offen zeigte, hat der Generalissimus in Madrid ein Dekret erlassen, wonach kein Spanier seinen Wohnsitz ohne vorherige Erlaubnis wechseln darf. Natürlich ist dieses Dekret ein Instrument zur Überwachung und Unterdrückung der Opposition. Die meisten Teilnehmer an der Konferenz von München wurden entweder auf die Kanarischen Inseln verbannt oder mussten ins Exil gehen. R o b - l e s und S a t r ú s t e g u i sind inzwischen in Paris eingetroffen. Eine Verhaftungswelle geht durch ganz Spanien. Unter den Verhafteten befinden sich Frauen und Männer aller politischen Richtungen; auch zahlreiche Priester, die den Streikenden Mut zugesprochen hatten. Die spanische Presse geifert gegen "Kommunisten und Separatisten", obwohl jeder Kenner der spanischen Verhältnisse weiss, dass gerade die Kommunisten am allerwenigsten bei der jetzt hochgekommenen Oppositionswelle zu melden haben.

Was tut Bonn ?

Ungeachtet aller dieser Vorgänge sieht jedoch Franco in der Bundesregierung seinen einflussreichsten Befürworter für die Aufnahme Spaniens in die EWG. Die Rolle des Bundesministers von M e r k a t z auf dem Kongress der Europäischen Bewegung in München, seine ständigen Versuche, die Stimme der spanischen Opposition nicht zu Gehör kommen zu lassen, sind mehr als merkwürdig.

Will die Bonner Regierung unbedingt in den Verdacht geraten, der letzte Verteidiger des brüchig gewordenen Franco-Regimes zu sein? Eigentlich sollte man doch in Bonn wissen, wie man in Belgien, Luxemburg, Holland, in der Schweiz, in England und in den skandinavischen Staaten über Franco-Spanien denkt. Die Haltung von Paris ist problematisch, aber auch hier könnte Bundeskanzler Dr. Adenauer bei seinem in Kürze stattfindenden Staatsbesuch ein Wort anbringen.

Ein Herrenhaus für Herrn von Hassel

kn. - Die Landeskanzlei des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Kai-Uwe von Hassel (CDU) erwägt, das im letzten Jahrhundert noch im Adelsbesitz befindlich gewesene Herrenhaus des "Gutes Stift" bei Kiel aus der Landesvermögensverwaltung als neuen Dienstwohnsitz des Regierungschefs zu übernehmen. Man argumentiert, das sogenannte Haus B, ein ehemaliges Kaiserliches Offizierskasino, neben dem Landeshaus am Düsternbrookerweg in Kiel, in dem von Hassel oben "dienstlich" wohnt, werde nunmehr für die Verwaltung als Bürohaus benötigt.

So werden wir es denn voraussichtlich erleben, dass der Herr von Hassel noch in diesem Jahr in das Herrenhaus des Adels am Stadtrand Kiels umsiedelt, das auch schon von der NSDAP als SE-Schule und später als Dienstsitz des britischen NATO-Admirals Townsend benutzt wurde. Da das Haus immerhin über zwanzig Zimmer und entsprechende Repräsentationsräume verfügt, möchte man auch noch die nicht in Kiel wohnhaften Landesminister wie etwa Innenminister Dr. Jenke (Lübeck), Sozialminister Frau Dr. Chnesorge (Lübeck), Finanzminister Dr. Schlegelberger (Flensburg) neben dem Herrn von Hassel dort unterbringen, dessen Vaterhaus in Glücksburg an der Flensburger Förde steht.

Beileibe will die Landesregierung in Kiel kein Gästehaus errichten, wie es die anderen Landesregierungen besitzen. Man zieht das Ministerwohnhaus Gut Stift vor und glaubt dort eben auch die kleinen repräsentativen und gesellschaftlichen Veranstaltungen mit geben zu können. Ob allerdings die genannten CDU-Minister noch in das im 18. Jahrhundert vom Grafen Schack von Schackenburg gebaute Herrenhaus einziehen werden, steht auf einem anderen Blatt. Im September nämlich finden in Schleswig-Holstein die Landtagswahlen statt.

Abgesehen davon aber könnte Schleswig-Holstein in Kiel vielleicht noch eher ein Gästehaus als ein Herrenhaus für Minister gebrauchen, wenn man auch zugeben sollte, dass die Kieler Wohnräume des Ministerpräsidenten und der anderen Landesminister in der Landeshauptstadt an sich recht bescheiden, wenn auch gut bürgerlich sind. Aber gleich daneben muss der

Hinweis liegen, dass die Partei des Herrn von Hassel 1950 in Schleswig-Holstein durch einen Wahlkampf an die Regierung kam, der sich auch gegen das damals von den Sozialdemokraten gebaute recht bescheidene Gästehaus "Mövenhaus" in der Nähe der Landesregierung richtete.

Unter grotesker Übertreibung und Verzerrung wurde damals das "Mövenhaus" in den Wahlkampf gezerzt und wer in den der Regierung nahestehenden Zeitungen nachliest, kann feststellen, dass man nicht einmal vor den Polstermöbeln Halt machte. Dabei gab es zu jenem Zeitpunkt noch kaum Hotelraum in Kiel, aber beispielsweise viele ausländische Gäste, mit denen über die Finanzierung eines Flüchtlingsbauprogramms aus amerikanischen Geldern sowie die Auswanderung und Umsiedlung von Heimatvertriebenen gesprochen wurde. Diese Feststellungen aber sollte man zumindest noch einmal treffen, nachdem sich die Landeskanzlei mit dem Gedanken trägt, ein Herrenhaus für den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten, den Herrn von Hassel, zu übernehmen.

+ + +

Muntere Einheitsfront

sp - Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" hat in ihrer letzten Wochenend-Ausgabe einen sehr aufschlussreichen eigenen Bericht aus Rom veröffentlicht, in dem mitgeteilt wird, was Nikita Chruschtschow dem Besitzer der Fiat-Werke, Dr. Agnelli, anlässlich eines Besuches in Moskau gesagt haben soll. Chruschtschow hat nach diesem Bericht wörtlich erklärt:

"Mit den Kapitalisten sind wir schon oft zu einem Übereinkommen gelangt, aber mit den Sozialdemokraten ist uns eine Einigung niemals gelungen."

Dr. Agnelli, seines Wertes sich wohl bewusst, soll darauf Herrn Chruschtschow geantwortet haben:

"Auch wir haben immer nur wenig mit den Sozialdemokraten anfangen können."

Das ist eine muntere Einheitsfront! Ob man wieder einmal mit einem Dementi von Herrn Chruschtschow rechnen kann, ist in diesem Falle höchst zweifelhaft.

+ + +

In Griechenland rumort es weiter

Von Dr. Basil Mathiopoulos

"Mißtrauensantrag der Opposition gegen die Regierung vom Parlament zurückgewiesen!" - Die Tageszeitungen Griechenlands waren von dieser Schlagzeile bestimmt, als in der vergangenen Woche die heißen Auseinandersetzungen im obersten Gremium des Landes ein Ende fanden. Allgemein wurden von diesem Moment an neue Schritte der Opposition erwartet. Man weiß, daß sie ihren Kampf bis zum Sturz des Karamanlis-Regimes zu führen gewillt ist, zum ersten wegen des schon bewiesenen Wahlbetrugs, mit dessen Hilfe sich die jetzige Regierung während der letzten Wahlen machtmächtig konsolidieren konnte, zum anderen wegen deren eklatanter Schwäche in der Behandlung und Lösung sämtlicher innen- und außenpolitischen Probleme.

Wie sei es überhaupt möglich, so fragte Oppositionschef Papandreu in seiner Begründungsrede nach Einbringung des Mißtrauensvotums seiner Parteien, daß trotz der äußerlich so ausgeglichen erscheinenden Beziehung zwischen Griechenland und der Vereinigten Arabischen Republik, in Ägypten lebende griechische Staatsangehörige schutzlos dem Druck des sich dort zunehmend entwickelnden Nationalismus preisgegeben sind und jetzt zu Tausenden als Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren, ohne daß der Staat auch nur die Frage eines eventuellen Schadenersatzanspruches an die VAR erwägt. - War es hier die allzu demütige Verzichtwilligkeit, so geißelte Papandreu an anderer Stelle seiner Ausführungen den Mangel an Planung und Phantasie auf dem Gebiet des Wirtschaftlichen und Sozialen, indem er auf die in den letzten Jahren neu erstellten Werksanlagen verwies, die in keiner Weise dem Stand der innergriechischen Entwicklung angepaßt sind und bei großem Aufwand nur Nutzen für Wenige bringen. Weiter unterstrich er die große Auswandererquote infolge der fehlenden Infrastruktur und Ameliorationswerke, mit deren Hilfe sich griechisches Arbeitspotential hätte auffangen und verwerten lassen. Eindringlich deutete Papandreu ferner auf die allein in die Bundesrepublik Deutschland abgewanderten 70 000 Arbeiter und ihre in der Heimat verweisenden Plätze.

Im Zuge der weiteren Begründung entwickelte der ehemalige Finanzminister Mavros vor der Versammlung seine Nachforschungen zum Thema OBA - "Organisation für Industrielle Entwicklung". Diese Gesellschaft erhält vom Staat ein mit 6 Prozent Zinsverpflichtungen übernommenes Arbeitskapital und deponiert diese Gelder ihrerseits zur Hälfte mit 2 Prozent (!)

Zinsgewinn auf einer Bank, deren Direktoren zum Teil - als Mitglieder im Aufsichtsrat der OBA-fungieren. Es dürfte Mavros gelungen sein, auch den finanzpolitischen Nichtfachmann weit genug hinter die Kulissen dieses Geschäftes blicken zu lassen, dessen Profit in einem etwas zu direkten Zusammenhang mit der Bankdirektion alias OBA-Aufsichtsrat steht. Immerhin werden hier auf diese Weise 20 Millionen Drachmen, oder umgerechnet 3 Millionen DM, aus dem Staatskapital abgezweigt. Es ist sehr wahrscheinlich, daß nach der Rede dieses Sachverständigen bei den an jenen Spiel Beteiligten die vorher heimliche Begeisterung in eine vermutlich recht unheimliche Entgeisterung umgeschlagen ist.

Im weiteren Verlauf der Debatte war es wieder Oppositionschef Papandreu, der in scharfer Form gegen das regierungsamtliche Wirtschaftsdenken auftrat. Warum so stellte er zur Diskussion, steht Griechenland im Vergleich mit allen übrigen Ländern der westlichen Welt mit seinem Fonds für Erziehung an letzter Stelle, mit seiner Summe der Verteidigungsausgaben hingegen bereits an vierter, gleich hinter den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich (Bundesrepublik Deutschland an 6. Position)? Warum habe man, fragt sich die oppositionelle Presse, im Anschluß an den in diesem Jahr in Kraft tretenden Subventionsstop seitens der USA sofort bei der NATO um Anleihen gebeten, anstatt dies zuerst bei einem einzelnen Staat zu versuchen, und somit anstelle des nun bevorstehenden multilateralen einen in seinen Verpflichtungen weitaus unkomplizierteren bilateralen Vertrag anzustreben? Ein Abkommen mit der Amerikanischen Import - Export-Bank oder der neugegründeten amerikanischen Organisation für Wirtschaftliche Entwicklung habe sich hier geradezu angeboten. Zum anderen warnte sie vor dem Wirtschaftsoptimismus, dem innerhalb der staatlichen Führungsgremien mehr und mehr Raum gegeben wird, und demzufolge Griechenland in absehbarer Zeit "sogar das Deutsche Wirtschaftswunder überschatten" würde. Hatte doch in dieser rein futuristischen Befangenheit die Regierung den Wirtschaftsexperten der NATO, den sogenannten "Drei Weisen", ein dermaßen hoffnungsvolles, vom Wohlstandskomplex unflortes Bild geliefert, daß Griechenland jetzt im Vergleich zu der Türkei beispielsweise nurmehr Anleihen in Höhe von 60 gegenüber (Türkei) 300 Millionen Dollar seitens der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft zugestanden wurden.

Die Regierung hat inzwischen das so unbequeme Parlament vorzeitig bis zum 15. Oktober in die Sommerferien geschickt. Das Land scheint im Augenblick auf einem Vulkan zu leben, der nur abgeschwächt in Seitenkräften Tätigkeit zeigt. Wer aber kann sagen, wieviel Energie sich im Innern zu gezieltem Durchbruch bereithält?